Deutscher Bundestag **Drucksache 19/96**

19. Wahlperiode 22.11.2017

Antrag

der Abgeordneten Klaus Ernst, Jutta Krellmann, Matthias W. Birkwald, Fabio De Masi, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Jan Korte, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Bernd Riexinger, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der gesetzliche Mindestlohn war mit 8,50 Euro brutto pro Stunde bereits bei seiner Einführung zu niedrig. Auch die derzeit gültigen 8,84 Euro pro Stunde reichen nicht aus, um niedrige Löhne und Armut trotz Arbeit zu verhindern. Der aktuelle Mindestlohn liegt weit unterhalb der Niedriglohnschwelle. Diese Schwelle, die zwei Drittel des mittleren Einkommens in Deutschland markiert, lag laut Statistischem Bundesamt 2010 bereits bei 10,36 Euro pro Stunde, 2014 bei 11,09 Euro. Der Mindestlohn muss deutlich angehoben werden, um den Niedriglohnsektor endlich auszutrocknen. Momentan erhält jede und jeder fünfte Beschäftigte lediglich einen Niedriglohn.

Ein Mindestlohn in Höhe von 8,84 Euro pro Stunde bewahrt nicht vor Armut. Vor allem in Ballungszentren und großen Städten sind Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung darauf angewiesen, zu ihrem Lohn ergänzende Hartz-IV-Leistungen zu beziehen, um die Miete bezahlen zu können. Für Alleinerziehende reicht ein niedriger Mindestlohn auch außerhalb großer Städte nicht aus, um die Existenz zu sichern.

Vor Altersarmut schützt der derzeitige Mindestlohn ebenfalls nicht. Wenn Beschäftigte nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung erhalten sollen, müssen sie mindestens 11,85 Euro pro Stunde verdienen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf schriftliche Einzelfrage des Abgeordneten Ernst, Nr. 52 in BTG-Drs. 18/12322).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Mindestlohngesetz dergestalt ändert, dass der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro je Zeitstunde erhöht wird.

Berlin, den 20. November 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion